

Kernpunkte 3

März 2016 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

Ständerat gegen Atomausstiegsinitiative

Nach dem Bundesrat und dem Nationalrat hat auch der Ständerat die Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» (Atomausstiegsinitiative) der Grünen Partei Schweiz den Stimmberechtigten zur Ablehnung empfohlen. Die Initiative fordert das vorzeitige, schrittweise Abschalten der Schweizer Kernkraftwerke bis spätestens 2029. Anders haben Bunderat und Parlament entschieden: Nachdem der Nationalrat am 2. März 2016 den Beschlüssen des Ständerats gefolgt war, ist die ursprünglich vom Nationalrat vorgeschlagene Laufzeitbeschränkung und das Langzeitbetriebskonzept definitiv aus dem Gesetz gestrichen. Damit gilt der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrats, wonach die Kernkraftwerke so lange betrieben werden dürfen, wie sie den Sicherheitsanforderungen genügen.

Massnahmenpaket als indirekter Gegenvorschlag zur Ausstiegsinitiative?

Offen ist, ob den Stimmberechtigten das erste Massnahmenpaket der «Energierategie 2050» als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative der Grünen präsentiert wird. Anders als Bundesrat und Ständerat möchte der Nationalrat die beiden Geschäfte entkoppeln, damit bei einer Annahme der Ausstiegsinitiative nicht automatisch das Massnahmenpaket hinfällig würde. Das Massnahmenpaket steht derzeit in der Differenzvereinbarung zwischen National- und Ständerat.

PSI: Plutonium aus Forschungsreaktor in USA transportiert

Unter strengen Sicherheitsvorkehrungen sind Anfang 2016 rund 20 kg Plutonium im Eigentum des Bundes aus dem Paul Scherrer Institut (PSI) in die USA transportiert worden. Das Material stammte aus dem von 1960 bis 1977

betriebenen Forschungsreaktor Diorit am damaligen Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung (EIR). Der Bundesrat hat 2014 beschlossen, das Plutoniumlager aufzulösen und damit zur weltweiten Sicherung von Nuklearmaterial beizutragen. Das amerikanische Energieministerium bot der Schweiz die Möglichkeit, das Material im Rahmen eines bereits bestehenden bilateralen Abkommens in die USA zu überführen.

Brennelementtransport aus Leibstadt ins Zwiilag

Ende Februar und Anfang März 2016 hat je ein Transport- und Lagerbehälter mit 69 ausgedienten Brennelementen aus dem Kernkraftwerk Leibstadt das zentrale Zwischenlager in Würenlingen erreicht. Die Behälter wurden per Lastwagen nach Würenlingen gefahren, wo sie das Zwiilag umfangreichen Kontrollen unterzog. Danach wurden die kontrollierten Behälter in der Behälterlagerhalle eingelagert. Die Transporte und die Einlagerungsarbeiten standen unter der Aufsicht des eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi). Sie verliefen planmässig und ohne Zwischenfälle.

Schweiz: weiterer Schritt Richtung Tiefenlager

Am 19. März 2016 hat die Regionalkonferenz Zürich Nordost als letzte Regionalvertretung ihren provisorischen Bericht zur vorgeschlagenen Standortauswahl von Anfang 2015 verabschiedet. Die Nagra hat damals vorgeschlagen, die Standortgebiete Jura Ost und Zürich Nordost für die voraussichtlich Anfang 2019 beginnende dritte Etappe der Standortsuche für geologische Tiefenlager vertieft zu untersuchen. Der Vorschlag der Nagra wird seither von den Bundesbehörden und weiteren Expertengremien überprüft und wurde den Standortkantonen und -regionen zur Stellungnahme unterbreitet.

Redaktion: M.-F. Aepli,
B. Bechtold, M. Brugger,
M. Rey, M. Schorer
Nuklearforum Schweiz
Postfach 1021
3000 Bern 14
Telefon 031 560 36 50
Telefax 031 560 36 59
info@nuklearforum.ch
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich
ISSN 1421-0347

© 2016 Nuklearforum Schweiz

Mit der nun von Zürich Nordost verabschiedeten Stellungnahme liegen die Bewertungen aller sechs Standortregionen vor.

Lager für radioaktive Abfälle in Südaustralien?

Der Bundesstaat Südaustralien könnte mit einem Lager für ausgedienten Kernbrennstoff ein weltweites Bedürfnis befriedigen und der Region einen wirtschaftlichen Nutzen bringen. Dieser Ansicht ist die australische Königliche Kommission für den nuklearen Brennstoffkreislauf. Konkret könnte Südaustralien während der ersten 30 Lagerbetriebsjahre jährlich mehr als 3,7 Milliarden Franken einnehmen. In den darauffolgenden 40 Jahren wären es 1,5 Milliarden Franken jährlich, so die Schätzung. In der rund 25 Jahre dauernden Bauperiode würden zudem rund 1500 Vollzeitstellen geschaffen. Während des Betriebs sollen es 600 Stellen sein. Die Kommission legt ihren Schätzungen ein Lager mit einer Kapazität von 138'000 t zugrunde. Damit könnten dereinst mindestens 13% der weltweiten Abfallmengen aufgenommen werden.

China: Technologie-Export im Visier

Die beiden grössten Kernkraftwerksbetreiber Chinas haben am 17. März 2016 in Beijing den Beginn des operativen Betriebs der neuen Hualong International Nuclear Power Technology Company gefeiert. Das Unternehmen soll den Export des in China entwickelten Hualong One, ein Druckwasserreaktor der fortgeschrittenen dritten Generation, vorantreiben. In China stehen derzeit drei Kernkraftwerke dieses Typs in Bau und drei weitere sind geplant. Baupläne gibt es zudem auch in Argentinien, Grossbritannien und Pakistan.

Europäische Kommission billigt EDF-CGN-Partnerschaft

Die Electricité de France (EDF) und die China General Nuclear Power Group (CGN) dürfen eine Partnerschaft zum Bau und Betrieb von drei Kernkraftwerken in Grossbritannien eingehen. Zu diesem Schluss ist die Europäische Kommission nach einer Untersuchung gekommen. Demzufolge ist die Partnerschaft mit den Richtlinien der EU-Fusionskontrollverordnung vereinbar. Die beiden Unternehmen planen, an drei Standorten je zwei Kernkraftwerke zu bauen und zu betreiben. Laut Kommission wird die Partnerschaft den Wettbewerb im britischen Stromgrosshandel nicht behindern.

EDF will mehr staatliche Mittel für Hinkley Punkt C

Die Electricité de France (EDF) verhandelt mit der französischen Regierung, um weitere finanzielle Mittel für das geplante Kernkraftwerk-Neubauprojekt Hinkley Punkt C in Grossbritannien zu erhalten. Für die Konzernleitung ist klar, dass sich die EDF ohne gesicherte Finanzlage nicht am Neubauprojekt beteiligen könne. Laut EDF-CEO Jean-Bernard Lévy wird das Projekt eine Rendite von 9% über 60 Jahre erzielen. Das britische Ministerium für Energie und Klimawandel (DECC) betont zudem, Hinkley Point werde Investitionen in Milliardenhöhe und während der Bauphase 25'000 Arbeitsplätze bringen. Die Frage der Wettbewerbsfähigkeit des Neubaus stellt sich für das DECC nicht, denn Hinkley Point werde Strom während mindestens 60 Jahren erzeugen, die Preisvereinbarung aber nur für 35 Jahre gelten.

IAEO unterstützt Kampf gegen Zika-Virus

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) hat 2,5 Millionen Franken für ein Projekt gegen die Verbreitung des Zika-Virus gesprochen. Sie will in Zusammenarbeit mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) die Population der für die Verbreitung des Zika-Virus verantwortlichen Aedes-Stechmücke verringern. Erreicht werden soll dies mit einer bewährten Sterilisierungsmethode, bei der in Aufzuchten gehaltene männliche Stechmücken mit Gammastrahlen unfruchtbar gemacht werden. Paaren sich die freigelassenen Männchen mit wildlebenden Weibchen, werden keine Nachkommen gezeugt. Weibliche Aedes-Stechmücken paaren sich in ihrem Leben nur einmal. Somit kann die Population und damit die Verbreitung des Zika-Virus markant verringert werden. Die Methode wird seit mehreren Jahrzehnten erfolgreich gegen Schädlinge und seit 2004 auch gegen Mücken eingesetzt.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter www.nuklearforum.ch bestellen.